



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 23. Mai 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

A 707 Anfrage Nussbaum Adrian und Mit. über rechtliche Hürden bei der konkreten Umsetzung der Klimapolitik / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 707 und die Anfrage A 710 von Helen Affentranger-Aregger über Bewilligungsverfahren und Standortfragen für die Produktion von erneuerbarer Energie werden als Paket behandelt.

Adrian Nussbaum ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Helen Affentranger-Aregger ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Adrian Nussbaum: Ich danke der Regierung für die Beantwortung meiner Fragen. Die Antworten zeigen deutlich auf, dass man bei der Umsetzung zur Erreichung des Zieles «Netto null 2050», aber auch zur Erreichung einer höheren Stromversorgungssicherheit oftmals in einem Zielkonflikt steckt. Aus meiner Sicht braucht es zwei Dinge, um die Quadratur des Kreises zu durchbrechen. Erstens braucht es eine Vereinfachung der Rechtsverfahren. Die Regierung zeigt in der Antwort zu Frage 6 die Thematik auf, und sie zeigt auch, dass der Kanton Luzern einen wichtigen Beitrag zur Vereinfachung und Beschleunigung der Rechtsmittelverfahren leisten kann. Ich erwarte von der Regierung, dass sie bei der nächsten Gesetzesrevision diesem Umstand Rechnung trägt. Wir werden das mit einer zusätzlichen Motion unterstreichen. Zweitens braucht es ein Umdenken. Oft werden konkrete Projekte durch sture Eigeninteressen und radikale Verbandsinteressen unverhältnismässig verzögert oder gar verhindert. Oft werden gerade diese Verbandsinteressen von diesen Personen unterstützt, welche uns hier oder in der Öffentlichkeit vorwerfen, zu wenig zu tun oder zu langsam zu sein bei der Umsetzung der CO₂-Reduktion oder bei der Stromversorgung. Wir haben es exemplarisch beim vorherigen Traktandum gehört. Wir Bürgerlichen sind schuld, wenn die Energiepreise steigen, und wir sind schuld, wenn man hier im Rat eine falsche Politik macht. Eine funktionierende Klima- und Energiepolitik braucht – ob man das will oder nicht – auch Abstriche bei Umweltinteressen oder mindestens eine Kompromissbereitschaft von jenen Personen, welche die Umweltinteressen vertreten. Ich wünsche mir eine ehrlichere Haltung und Politik. Persönlich habe ich wenig Verständnis dafür, wenn man beispielsweise einen Windpark am Grenchenberg wegen einiger Vögel oder das Flusskraftwerk Waldemme wegen einiger Fische um mehr als 50 Prozent verkleinern muss. Wir bleiben dran.

Helen Affentranger-Aregger: Vielen Dank für die ausführlichen und interessanten Antworten auf meine Fragen. Um die Energiewende bis 2050 zu erreichen, muss die Produktion aus erneuerbaren Energiequellen massiv erhöht werden. Die Energieproduktion und die Speicherung und Umformung finden auch dezentral statt. Viele innovative Energieprojekte werden grösstenteils auf Gemeinde- und Stadtgebiet umgesetzt. Ebenso

wie bei Grossanlagen dauern die Bewilligungsverfahren bei kleineren Energieprojekten oft sehr lange. Aber um die Energiewende innert nützlicher Zeit zu schaffen, braucht es unbedingt auch diese kleineren Projekte auf der kommunalen Ebene. Lokale Energieprojekte brauchen Platz und stehen je länger je mehr in Konkurrenz zu Wohn- und Gewerbebauten. Bottom-up-Projekte werden aufgrund der aktuellen Bewilligungspraxis, welche komplizierte Verfahren und langatmige Prozesse beinhaltet, sowie wegen der anspruchsvollen Ausgestaltung der Raumplanungsgesetzgebung verzögert, verteuert und verunmöglicht. Der Vorschlag des Bundesrates zur Beschleunigung der Verfahren ist begrüssenswert. Es ist wichtig, genau abzuklären, was der Kanton Luzern dazu beitragen kann, um die vom Bund priorisierten Projekte zu unterstützen. Den Antworten entnehme ich auch, dass es möglich wäre, analog zum Vorschlag auf Bundesebene ein kantonales Bewilligungsverfahren einzuführen. Dies werde ich in einer Motion fordern, welche ich an dieser Session einreichen werde. Freudig entnehme ich den Antworten, dass die Einführung eines kantonalen Leitfadens für Projekte zur Erzeugung von erneuerbaren Energien geprüft wird. Mit den Antworten zu Frage 4 betreffend die Zonen, in denen besagte Anlagen stehen sollen, bin ich nicht ganz zufrieden, aber womöglich war die Frage zu wenig präzise gestellt. Ich frage mich, ob nicht eine spezifische Zone zur Erzeugung von erneuerbarer Energie im öffentlichen Interesse geschaffen werden müsste. Dieser Frage werde ich noch genauer auf den Grund gehen.

Korintha Bärtsch: Als Adrian Nussbaum mit seinem Votum begonnen hat, wollte ich meines schon ein wenig umschreiben. Er hat versöhnlichere Töne angeschlagen, als das die plakativen Beispiele in seiner Anfrage hätten vermuten lassen. Als er dann aber zum zweiten Teil seines Votums gekommen ist, dachte ich, dass ich es wohl gleich lassen kann. Er ist wieder ins alte Fahrwasser zurückgefallen. Die Mitte-Fraktion will heute wohl ihrem Ärger etwas Luft machen. Der Schutz der Umwelt und der Menschen soll der Produktion und der Wirtschaft geopfert werden. Vielleicht ist es doch ein wenig schnell gegangen mit dem Weglassen des «C» im Parteinamen, dass die göttliche Schöpfung bei der Mitte plötzlich so an Bedeutung verloren hat. Das finde ich schade. Der Wert der Natur und der Wert der Biodiversität ist unbezahlbar. Sie sind unsere Lebensgrundlage und die Grundlage all unseres Wirtschaftens. Das muss man sich leider immer wieder ins Gedächtnis zurückrufen. Adrian Nussbaum hat gegen die Verbände geschossen, die Verhinderer seien. Das ist ganz lustig, wenn man sich das einmal genauer anschaut. Der Landschaftsschutzverband der Schweiz wird von einem FDP-Politiker geführt. Die Natur- und Heimatschutzkommission der Schweiz, die gerne als Verhindererin hingestellt wird, wird von einer Mitte-Politikerin geführt. Es sind also nicht immer die Links-Grünen, die an vorderster Front bei diesen Verbänden kämpfen. In vielen Fällen kann man nicht einfach mit dem Kopf durch die Wand. Man spricht gerne darüber, was nicht läuft. Bei der Photovoltaik (PV) schimpft man über die Denkmalpflege, weil man Biberschwanzziegel aufs Dach machen muss und eine PV-Anlage nicht geht. Es gibt aber ganz viele Gebäude, bei denen es mit dem Denkmalschutz kein Problem gibt und kein Problem mit Blendwirkungen. Genau deren Besitzer müssen wir überzeugen, eine PV-Anlage zu installieren. Es braucht viel weniger Energie, um das zu realisieren, als gegen Windmühlen anzukämpfen. Die Sache mit der Blendwirkung ist sehr ärgerlich. In der ganzen Schutz-Nutzen-Abwägung geht es darum, den Effekt von Partikularinteressen zurückbinden zu können. Das ist ganz wichtig. Kollektivstrafen waren aber noch nie gut. Der Schutz der Umwelt wegen solcher Fälle zurückzubinden, ist falsch. Die Herausforderung des Klimawandels ist zu gross, als dass wir uns die Streitereien zwischen links und rechts leisten könnten. Wir müssen uns zusammenreissen, zusammen sprechen und zusammen gute Lösungen finden. Die Grünen und Jungen Grünen sind dafür offen.

Thomas Meier: Ich denke, es ist Zeit, nach diesen Voten wieder Sachpolitik zu betreiben. Es ist entmutigend, wenn Priska und Roland Wismer mit ihrem Windkraftprojekt auf dem Stierenberg Windgutachten, Transportstudien, Bodenkartierungen sowie geotechnische, aviatische und ornithologische Untersuchungen anfertigen lassen müssen und aus privaten Geldern einen sechsstelligen Betrag investieren und das Ganze dann mit 55 Prozent

Nein-Stimmen an der Gemeindeversammlung bachab geht – das immer im Wissen, dass man solche Windprojekte für die Energiewende dringend braucht, aber sicher nicht vor meiner Haustür. Der Leidensdruck scheint nicht gross genug zu sein, und die Erfahrungen eines Blackouts mussten wir auch noch nicht machen. Das ist beispielgebend für viele grosse Infrastrukturprojekte wie zum Beispiel das Wasserkraftwerk Waldemme. Man muss schon fast masochistisch veranlagt sein, wenn man auf der Basis einer Bürgerinitiative ein solches Projekt stemmen will. Theoretisch hätte der Regierungsrat nach der Teilrevision des Richtplans mit den definierten und ausgeschriebenen Windzonen heute schon die Möglichkeit, die Gemeindeversammlungen, an welchen solche Windprojekte meist scheitern, zu umgehen und übergeordnetes Recht auszuüben aufgrund eines grösseren öffentlichen Interesses. Im Beispiel von Stierenberg hätten die drei Windräder Strom für 4600 Haushalte produziert. Eine kleine Hoffnung besteht mit umfangreichen Zusammenschlüssen zum Eigenverbrauch (ZEV), welche in den Standortgemeinden eines Windparks oder eines Kleinwasserkraftwerks die Gemeindebewohner an günstigem und lokal produziertem Strom partizipieren lassen, also Betroffene zu Beteiligten machen. Die Antworten der Regierung sind in Ordnung.

Urs Brücker: Heute endet die Vernehmlassungsfrist zur Änderung des Energiegesetzes, in der es um die Beschleunigung der Planungs- und Baubewilligungsverfahren bei grossen Anlagen für Wind- und Wasserkraft geht. Ein interessanter Bestandteil der Gesetzesrevision ist aber auch, dass man bei Neubauten neu sofort PV-Anlagen von den Steuern abziehen können soll. Das wäre ein Quantensprung für den Kanton Luzern, der das als einziger Kanton bis jetzt nicht einmal bei einer Sanierung zulässt. Es wurde bereits viel gesagt. Mit dieser Gesetzesrevision will man verhindern, dass man bei jeder Etappe bei den aufgeteilten Planungsverfahren vor Bundesgericht gehen kann. Es soll nur nicht ein Rechtsmittelzug geben, bei dem sämtliche Rechtsfragen geklärt werden. Wir haben aber bereits gehört, dass der Gewerbeverband sämtliche Rechtsmittel für eine Zeit ausschliessen will, damit der Bau von Wind- und Wasserkraftanlagen beschleunigt werden kann. Das ist eine extreme Forderung, welche an der Demokratie kratzt. Es gibt aber auch das Gegenteil. Gemeinden und Gemeindeverbände sind dagegen. Der Schweizerische Gemeindeverbandspräsident hat sich in der Vernehmlassung deutlich dazu geäussert, dass man die Gemeinden auf Stufe Richtplanung aussen vor lässt und diese als Bewilligungsbehörden dann keine Rolle mehr spielen würden. Die angekündigte Motion von Helen Affentranger-Aregger klingt nach einer klugen Motion. Es wäre eine gute Idee, auf kantonaler Ebene ein Verfahren zu implementieren, welches bei kleineren Anlagen eine Verfahrensbeschleunigung erreichen würde. Wir sind gespannt darauf, wohin die Reise geht. Es ist sehr wichtig, dass wir die Planungsverfahren optimieren können. Die GLP ist selbstverständlich für den schnellen Ausbau und die Nutzung von erneuerbaren Energien. Bezüglich der Güterabwägung der Energieproduktion gegen die Umweltauswirkungen schlägt mein Herz klar für Ersteres. Ich bin überzeugt: Wenn wir «Netto null 2050» wirklich als Ziel sehen, müssen wir Landschaftsbilder mit Windrädern und höhere Staumauern schön finden, sonst klappt das nicht.

Willi Knecht: Die Verfahren im Bau- und Raumplanungsgesetz zu beschleunigen, zu vereinfachen und rechtliche Hürden bei der Planung und Umsetzung von Projekten zu senken, das befürwortet natürlich auch die SVP. Aus Sicht der SVP sind die Planungs- und Baubewilligungsverfahren allgemein zu aufwendig, zu kompliziert und für die Bauherren oft gar eine Zumutung. Hier herrscht allgemein Handlungsbedarf, nicht nur bei der Planung und Umsetzung von Anlagen zur Produktion von erneuerbarer Energie. Ehrlicherweise müssen wir auch sagen, dass unser Rat an diesem Zustand nicht ganz unschuldig ist. Mit den Antworten der Regierung sind wir zufrieden und können sie nachvollziehen. Bei PV-Anlagen sehen wir am meisten Potenzial, das Bewilligungsverfahren zu vereinfachen. Gute Rahmenbedingungen bringen mehr als starre Gesetze. Die Antworten zeigen auch gut auf, dass die Produktion von erneuerbarer Energie oft zu Interessen- und Zielkonflikten führt, insbesondere beim Wasserbau, bei Luft- und Wärmepumpen und bei Windrädern. Beim Wasserbau wäre eine Schwächung des Verbandsbeschwerderechts sicher hilfreich. Die

Entlebucher können davon ein Lied singen. Den grössten Zielkonflikt sieht die SVP jedoch bei den Windrädern. Die Urnenabstimmung in der Gemeinde Rickenbach hat deutlich aufgezeigt, dass die Schweiz und Luzern kein Windland sind und Windräder hauptsächlich von Subventionen angetrieben werden. Windkraft spaltet die Bevölkerung, sie stellt nur einen geringen Teil der Energie her, und teilweise sind die Windräder an sensiblen Orten geplant. Landauf, landab wird ein starker Gewässer-, Denkmal-, Ortsbild- und Landschaftsschutz umgesetzt. Diese Grundsätze müssen für die Windkraft auch gelten. Für die SVP ist es darum wichtig, dass die Gemeindehoheit immer gewahrt bleibt.

Peter Fässler: Die in den Anfragen geschilderten Beispiele von Behinderungen beim Bau von nichtfossilen Energieerzeugungsanlagen sind für uns nachvollziehbar und teilweise stossend. Doch sind uns auch die Probleme dahinter bekannt. Bei Wasserkraftprojekten beispielsweise, wo es um einen wichtigen Lebensraum von Menschen und Tieren geht, sind solide Abklärungen über Nutzen und Schaden dringend notwendig. Bei Windkraftwerken bekommen wir allerdings öfters den Eindruck, dass es um Einzelinteressen und geschürte Ängste in der betroffenen Bevölkerung geht. Je nach Standpunkt treffen die einen oder die anderen Argumente zu. Gerade deshalb ist es sehr wichtig, dass klare Regeln beim Bau solcher Energieerzeugungsanlagen vorhanden sind und das Bewilligungsprozedere möglichst kurz gehalten wird, ohne jedoch die berechtigten Einwände – speziell von Umweltverbänden – zu vernachlässigen. Das ist keine einfache Aufgabe, die sich da der Bundesrat und das Bundesparlament vornehmen wollen, aber eine dringliche. Für die meisten Kantonsrätinnen und Kantonsräte hier im Saal ist es vermutlich klar, dass die Produktion von erneuerbaren Energien forciert werden muss, einerseits um dem Klimawandel Einhalt zu gebieten, aber auch um die Energieabhängigkeit vom Ausland zu minimieren. Das nicht vorhandene Stromabkommen mit der EU und der Ukraine-Krieg führen uns das deutlich vor Augen. Daher ist die Vereinfachung und damit hoffentlich Verkürzung der Bewilligungsverfahren dringend nötig, um unsere Klimaziele zu erreichen. Ein wichtiger Aspekt aus unserer Sicht ist auch eine Vereinheitlichung der Bewilligungsverfahren über die ganze Schweiz. Das schont menschliche und finanzielle Ressourcen und würde dem Beschleunigungsprozess sicher dienen. Daher ist ein kantonaler Alleingang in dieser Frage nur die zweitbeste Lösung. Es ist aber immer noch besser, als auf den Bund zu warten. Auch die Regierung anerkennt die Problematik der rechtlichen Hürden bei der Umsetzung der Klimapolitik. Die Bewilligungsproblematik ist aber nur ein Aspekt. Genügend Finanzen für den Klimaschutz sind ein anderer. Ein weiterer sind die sich widersprechenden Zielsetzungen von Bund und Kanton. Einerseits werden CO₂-senkende Massnahmen gefordert, um gleich wieder viel Geld in riesige Strassenbauprojekte zu stecken, die den CO₂-Ausstoss fördern. Da will die eine Hand gar nicht wissen, was die andere macht. Mir kommt das vor wie beim Seilziehen, einmal ein Stück in diese Richtung, einmal ein Stück in die andere Richtung, bis das Seil dann reisst. Das Klima folgt den gleichen physikalischen Gesetzen wie das Seil. Ursache und Wirkung sind gegeben und voraussehbar. Dabei ist es dem Seil und dem Klima egal, wie wir uns verhalten. Das Seil und das Klima folgen ihren eigenen Gesetzen. Das Seil reisst, oder das Klima kollabiert, und dann gute Nacht Menschheit.

Adrian Nussbaum: Ich nehme kurz Stellung zum Votum von Korintha Bärtsch. Getroffene Hunde bellen. Ich stelle fest, dass gleich der nächste Vorwurf kommt, nämlich wir hätten mit dem «C» auch gleich die Umweltinteressen weggestrichen. Das stimmt natürlich nicht. Ich habe allerdings in Ihrem Votum nicht gehört, wie wir mit dem Zielkonflikt zwischen den Verbands- und Umweltinteressen auf der einen Seite und den Klima- und Energieinteressen auf der anderen umgehen sollen. Gespräche wurden angeboten. Ich bin sehr gerne bereit, über konkrete Lösungen zu diskutieren.

Josef Schuler: Ich nehme Bezug auf das Votum von Willi Knecht. Bei uns im Seetal ist es ganz schwierig, auf dem Lindenberg eine Windanlage zu erstellen, weil das über die Kantonsgrenze und über Gemeindegrenzen hinausgehen würde. Das zeigt auf, dass man nicht einfach sagen kann, schlussendlich müsse eine Gemeinde darüber befinden. Ein Windrad sieht man über Hunderte Kilometer weit. Es liegt im Interesse der Schweizer

Bevölkerung und nicht nur der Gemeinden allein, dass wir erneuerbare Energie produzieren können. Deshalb müssen wir das weiter fassen und es nicht einfach kleinörtlich den Gemeinden überlassen. Bei der Vereinheitlichung der Bewilligungspraxis müssen wir weiter denken.

Hasan Candan: Ich nehme Bezug auf die Äusserungen von Adrian Nussbaum. Es geht hier um die sogenannte Verfahrensbeschleunigung. Ich bin auch dafür, dass dies so schnell wie möglich sein sollte. Adrian Nussbaum sucht einen Schuldigen. Es sind aber nicht die Umweltverbände schuld oder die Gemeinden oder der Kanton, sondern es ist unsere Verfassung, welche der Grund dafür ist. Der Regierungsrat hat zur Verfahrensbeschleunigung Stellung genommen, das sollten Sie einmal lesen. Der Kanton schreibt, man habe das föderalistische Prinzip, mit dem man der Gemeinde das Recht gebe, das zu bestimmen. Das ist ein gutes Recht, und ich finde es auch schade, dass unsere Nationalrätin ihre Windräder nicht aufstellen kann. Aber schlussendlich haben die Bürgerinnen und Bürger entschieden, und diesen Entscheidung muss man akzeptieren. In der Stellungnahme zur Verfahrensbeschleunigung sagt die Regierung, dass sie das tun könne, aber sie tut es nicht, weil sie keine Angst hat vor den Umweltverbänden, sondern vor den Gemeinden. Die Regierung will das Verfahren nicht so beschleunigen, dass die Gemeinden nicht mehr mitreden können. Wir müssen nicht Schuldige suchen, sondern mit den Gemeinden und den Menschen in diesem Kanton sprechen. So schaffen wir Mehrheiten. Wenn wir einfach das Verfahren verändern wollen, dann wird es eine Volksabstimmung geben, und die SVP wird gewinnen. Wir müssen zusammenarbeiten und konstruktiv zur Debatte beitragen, nicht Schuldige suchen.

Korintha Bärtsch: Ich hätte vorher gerne noch etwas gesagt, aber meine Redezeit war um. Für uns sind Partizipation und Dialog die beiden Zauberworte. Wir brauchen runde Tische, und wir brauchen eine Beschleunigung der Verfahren ohne Abstriche bei der Umwelt. Regierungsrat Fabian Peter zeigt das mit dem runden Tisch für die Landwirtschaft gut, wir brauchen bei Energie- und Umweltthemen weitere solche Tische.

Willi Knecht: Josef Schuler hat mich wohl falsch verstanden. Ich habe das so gemeint, wie es Urs Brücker gesagt hat. Der Bund will die Gemeindehoheit schwächen und darüber befinden, was dort gemacht wird. Dagegen wehren wir uns.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich verweise gerne auf die ausführlichen Ausführungen bei meinem letzten Votum und gehe hier vor allem auf die Verfahrensfragen ein. Wir werden Ihnen bald Vorschläge mit der Vernehmlassung für die Revision des Planungs- und Baugesetzes vorlegen, beispielsweise Verfahrensabläufe. Wir werden Ihnen auch bei der Revision des Energiegesetzes Vorschläge vorlegen, die aus dem Planungsbericht resultieren. Ich stelle zwei Punkte bei der Verfahrensbeschleunigung fest. Das eine ist das Thema der Gemeindeautonomie. Wenn man die Verfahren vereinfachen und kantonale durchführen will, dann haben wir einen Konflikt mit der Gemeindeautonomie. Das andere Thema sind die Einsprachemöglichkeiten der Umweltverbände. Ich glaube aber, dass wir bei der Geschwindigkeit der Rechtsverfahren oder der Anzahl Instanzen etwas machen müssten. Ich möchte noch ergänzen, dass PV-Anlagen auf Dächern heute bereits bewilligungsfrei gebaut werden können, es besteht nur eine Meldepflicht. Bei den PV-Anlagen an Fassaden ist das noch nicht so. Die Windkraft ist wichtig, und der Kanton Luzern hat nach Einstufung des Bundes bei der Windkraft ein grosses Potenzial. Dies ist auch wichtig für den Winterstrom, da die PV-Anlagen im Winter weniger Strom liefern. Wir müssen uns bewusst sein, dass es den Fünfer und das Weggli nicht gibt. Das ist nicht so einfach. Vielleicht müssen wir schon darüber diskutieren, ob wir bei der Gemeindeautonomie oder den Einsprachemöglichkeiten irgendwo Abstriche machen müssen und trotzdem noch die demokratischen Rechte gewährleisten können. Das wird entscheidend sein für das Tempo. Wir müssen schauen, ob wir es uns noch leisten können abzuwarten. In diesem Sinn begrüsse ich die erwähnten Gespräche von Korintha Bärtsch und Adrian Nussbaum. Es braucht Gespräche und die Einsicht, dass die Zeit jetzt knapper wird. Wenn wir die kurzfristigen Herausforderungen sehen, müssen wir hier einen Zacken zulegen. Ich freue

mich auf die Diskussionen und darauf, dass Ihr Rat das künftig bei Gesetzesvorlagen unterstützt.